Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Aelteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Diese Woche 38 000 000 M. mit Zutragen. Einzelne Nummern 6 500 000 M. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 3. Gemeinde-Verbands-Girokonto Nummer 3. Postscheckkonto Dresden 12 548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Petitzeile 120 M. × Schlüsselzahl, 100 000, Eingesandt und Reklamen Zeile 300 M. × jeweilige Schlüsselzahl.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 234 — Sonnabend den 6. Oktober 1923 — 89. Jahrgang

Oertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Als einen Teil des Reinertrags seiner Theater-Aufführung lieferte die Literarische Vereinigung des Lehrer-Seminars Pirna 1 100 100 000 Mark an die hiesige Stadtverwaltung zum Besten der Altershilfe ab. Der jungen Schar, die ihr Können so opferfreudig in den Dienst der Wohltätigkeit für unsere notleidenden alten Mitbürger gestellt haben, gebührt herzlichster Dank. Das Bewußtsein, zur Linderung dieser Not mit beigetragen zu haben, wird ihnen wohl noch schönerer Lohn sein, als der große Beifall, den sie am Mittwoch bei der Aufführung ernteten.

— Vom Bunde Sächsischer Staatsbeamten wird geschrieben: Der Tel.-Union Sachsendienst verbreitet die Nachricht in der Tagespresse, daß die Versetzung des Schwesternhausleiters in Arnsdorf, Geh. Rat Naumann, in den einstweiligen Ruhestand auf den Willen des Bundes Sächsischer Staatsbeamten zurückzuführen sei, dem die staatlichen Schwestern wegen ihres teilweisen Austrittes aus dem Bund Sächsischer Staatsbeamten ein Dorn im Auge seien. Der Bund sächsischer Staatsbeamten legt gegen diese Unterstellung der erwähnten Zeitungskorrespondenz Verwahrung ein. Personalpolitische Angelegenheiten gehören nicht zur Zuständigkeit des Bundes und von diesem Gesichtspunkt hat er sich stets leiten lassen. Daraus ergibt sich, daß er keine Schritte zum Zwecke der Inruhestandversetzung des Schwesternhausleiters unternehmen konnte und auch nicht unternommen hat. Die Regierung würde sich eine derartige Einmischung des Bundes in ihre Angelegenheiten mit Recht verbeten haben. Von anderer Seite ist diese Meldung mit dem Hinzufügen verbreitet worden, daß der Bund eine bezw. die sozialdemokratische Beamtengewerkschaft sei. Das ist eine Unwahrheit. Der Bund sächsischer Staatsbeamten ist — ebenso wie seine Spitzenorganisation, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund — parteipolitisch neutral. Die parteipolitische Neutralität ist in der Satzung des Bundes Sächsischer Staatsbeamten, wie in der Satzung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ausdrücklich festgelegt.

— Nächsten Dienstag findet in der Schulturnhalle eine öffentliche Mieterversammlung statt, in der Bundesvorsitzender Hermann, Dresden über das neue Mieterschutzgesetz sprechen wird.

— Die Frage der Geldentwertung bei den Hypotheken und den Schutz der Hypothekengläubiger ist bisher noch in keiner Weise gelöst worden. Da die Einigung zwischen den beiden Parteien in den meisten Fällen auf große Schwierigkeiten stoßen wird, so ist der Versuch recht beachtenswert, den die Stadt Lübeck unternommen hat. Das dortige Wohlfahrtsamt hat, wie der Telunion-Sachsendienst erfährt, ein Hypotheken einigungsamt eingerichtet, das die Aufgabe hat, nach Art der Mietsämter zwischen Gläubigern und Schuldnern zu vermitteln.

— Gewerbelegitimationskarten für Kaufleute und Handlungsreisende müssen vom 1. November ab mit dem Lichtbild und der Unterschrift des Inhabers versehen sein, da sie andernfalls am 1. November ihre Gültigkeit verlieren. Karten, die diesen Bestimmungen nicht genügen, können bis zum 1. November der ausstellenden Behörde zur Ergänzung vorgelegt werden. Die Gebühr beträgt für die Ergänzung die Hälfte der Gebühr für Neuausstellung einer Karte.

— Ueberklebte Postkarten. Mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage läßt die Postverwaltung trotz ernster betriebstechnischer Bedenken fortan überklebte, schon gebrauchte Postkarten, oder überklebte zurechtgeschnittene Karten ähnlicher Art versuchsweise zur Postbeförderung zu, wenn die Ueberklebungen usw. die Eigenschaft der Sendung als Postkarte nicht aufheben. Notwendig ist danach u. a., daß das zur Ueberklebung verwendete Papier der ganzen Fläche nach aufgeklebt ist, daß die Karte nach der Ueberklebung höchstens 8 Gramm wiegt, und daß die Aufschriftseite entsprechend der amtlichen Postkarte so eingerichtet ist, daß die Anschrift deutlich niedergeschrieben werden kann und die Anbringung der Stempelabdrücke, der postdienlichen Vermerke sowie e. F. das Aufkleben der Freimarken nicht beeinträchtigt wird.

— Die Buchhändler-Schlüsselzahl ist auf 75 Millionen erhöht worden.

— Wie sehr durch die Felddiebstähle die Kartoffelversorgung der Städte gefährdet ist, das beleuchtet in treffendster Weise ein Schreiben des Betriebsrates der Graba- und Schregerwerke in Meißen, das nach einer Mitteilung des „M. T." folgendermaßen lautet.: „Wie sich die Kartoffeldiebstähle auswirken, zeigt folgender Vorfall: Wir hatten uns bemüht, für die Belegschaft unseres Betriebes Kartoffeln zu beschaffen. Nach langem Bemühen war es uns gelungen, von Herrn Gutsbesitzer Richter in Käbschütz eine größere Menge Winterkartoffeln zugesagt zu erhalten und einen dementsprechenden Vertrag abzuschließen. Herr Richter wollte uns seine gesamte Ernte, soweit er sie nicht für den eigenen Bedarf braucht, liefern. Dieser Tage wurde der Betriebsrat von Herrn Richter angerufen und ihm erklärt, daß Herr Richter infolge der Kartoffeldiebstähle außerstande sei, den Vertrag zu erfüllen. Der Betriebsrat sollte selbst kommen und sich überzeugen. Darauf ist der Betriebsrat nach Käbschütz gegangen und er mußte feststellen, daß die Angaben des Herrn Richter zutreffen. Ganze Strechen von den Feldern sind der Kartoffeln beraubt. Wenn das so weitergeht, dann haben nur die Diebe Kartoffeln und alle anderen Arbeiter und deren Familien, die nicht hinausgehen können und vor allem nicht auf diese Art sich in den Besitz von Kartoffeln setzen wollen, sind nicht in der Lage, sich auf regelmäßige Weise mit Kartoffeln zu versorgen. So können die Dinge doch nicht mehr weitergehen. Es geht nicht an, daß sich ein kleiner Teil rücksichtslos auf derartige Weise mit Kartoffeln eindeckt und der viel größere Teil Hunger leidet. Dieser, unter den Kartoffeldiebstählen leidende Teil muß diese Feldplünderungen mit aller Energie bekämpfen. Dazu wird er letzten Endes durch seinen Selbsterhaltungstrieb gezwungen. Es ist dringend zu wünschen, daß solches gemeinschädliches, egoistisches Aneignen von Kartoffeln endlich unterbleibt." — Schutz der Felder ist im Interesse der Landwirtschaft wie der Allgemeinheit dringend notwendig. Man kann nur wünschen, daß der Erlaß des Militärbefehlshabers den erhofften Erfolg hat.

— **Holzabgabe für die Presse.** Nach § 2 des Pressenotgesetzes haben Nutznießer von Waldbeständen über 10 ha von den Erlösen aus Holzverkäufen 1½ v. H. an das Finanzamt ihres Wohnsitzes abzuführen. Die für einen Monat geschuldete Holzabgabe ist jeweils bis zum 10. des folgenden Monats unter gleichzeitiger Abgabe einer Vordnmeldung abschlägig zu zahlen. Sind in einem Monate keine Einnahmen erzielt worden, ist dies dem Finanzamte zur Vermeidung von Weiterungen kurz mitzuteilen. Leistet der Abgabepflichtige bis zum Ablauf der Frist die Abschlagszahlung nicht, so setzt das Finanzamt den zu zahlenden Betrag fest. Die nicht pünktliche oder zu geringe Leistung der Abschlagszahlungen hat einen der Geldentwertung angepaßten sehr erheblichen Zuschlag zur Folge. Die Finanzämter sind angewiesen, mit allem Nachdruck gegen säumige Zahler vorzugehen.

— Soeben erfahren wir, daß die Beiträge zur Invalidenversicherung mit Wirkung vom 1. Oktober ab verzehnfacht wurden

— Von der Zuckerwirtschaftsstelle in Berlin ist neuerdings Mundzucker freigegeben worden, der mit 1 Pfund auf den Abschnitt Y und mit ½ Pfund auf den Abschnitt Z der Zuckerkarte abgegeben wird. Die Abschnitte T bis X verlieren mit Ablauf des 10. Oktober, alle bisher von Kommunalverbänden ausgegebenen Bezugskarten sofort ihre Gültigkeit. Neue Bezugskarten dürfen nicht mehr ausgegeben werden.

Schmiedeberg. Die Hutzen-Abende des hiesigen Erzgebirgszweigvereins haben viel Beifall gefunden, doch muß der nächste bis nach Beendigung der Schulferien verschoben werden.

— Die Kollekte zum Besten der Kirchkasse anläßlich des Erntedankfestes hat die Summe von zirka M. 140 000 000 ergeben.

Dresden. Das Sächsische Arbeitsministerium hat unter dem 20. September durch das Auswärtige Amt eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, betreffend Notlage der Sozialrentner. Es heißt darin: Anfang des Monats September sind auf Veranlassung der Reichsregierung an Sachsen zur Milderung der Notlage der Sozialrentner der Invaliden- und Angestelltenversicherung 164 686 650 000 M. überwiesen worden. Diese Mittel sind anordnungsgemäß an die Gemeinden verteilt worden und von diesen ausschließlich zur Erleichterung der Beschaffung einer bestimmten Menge Hausbrandkohle für Sozialrentner zu verwenden gewesen. So gut diese Maßnahme gemeint war, so wenig wirkungsvoll ist sie doch gewesen. Denn das Geld ist ausdrücklich als Vorschuß auf die schuldigen Reichsanteile der laufenden Aufwendungen anzusehen, und bei künftigen Ueberweisungen wird regelmäßig ein entsprechender Teil des Vorschusses in Anrechnung gebracht. Daher werden auch die künftigen Fürsorgeleistungen bei den Fürsorgeempfängern, zu deren Gunsten der Vorschuß verwendet worden ist, entsprechend zu kürzen sein. Wird schon durch diese Art der Bestimmung die Wohltat wesentlich abgeschwächt, so ist weiter zu bedenken, daß die Summe von 164½ Milliarde für Sachsen dem damit beabsichtigten Zwecke hinreichender Kohlenlieferung gar nicht entsprechen konnte, weil bei rund 88 000 unterstützten Sozialrentnern auf die Person durchschnittlich etwa 2 Millionen Mark entfallen, die einer Hausbrandkohlenmenge von damals höchstens 50 Pfund — und dabei ist noch der Werkpreis angenommen — entsprechen. Die vom Reichsarbeitsministerium in seinem Schreiben vom 29. August 1923 erwähnte Höchstmenge von 15 Zentner Kohlen konnte also, auch unter Hinzurechnung des vorgeschriebenen Gemeindeanteils, in alle Wege nicht erreicht werden. In ähnlich schlimmer Lage wie bei der Beschaffung der Kohle befinden sich die Sozialrentner bei der Beschaffung der notwendigsten Nahrungsmittel, und vor allem der Kartoffeln. Das Arbeitsministerium bittet deshalb, mit Beschleunigung beim Reichsarbeitsministerium anzuregen, daß den Sozialrentnern, ähnlich wie im vorigen Jahre, eine außerordentliche Notstandsunterstützung von Reichswegen zur Beschaffung der für den Winterbedarf erforderlichen Vorräte, zum mindesten von Kohlen und Kartoffeln, zuteil wird.

— Die beiden volksparteilichen Abgeordneten des Landtages Dr. Fritz Kaiser und Blüher haben folgenden Antrag im Landtage eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: 1. die Regierung um Auskunft darüber zu ersuchen, welche Maßnahmen sie für die Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln, Fett und Kohle, sowie für Beschaffung von Arbeit getroffen hat, und welche Maßnahmen sie weiter vorbereitet, um diese Versorgung sicherzustellen. 2. Einen Ausschuß damit zu beauftragen, die Auskünfte der Regierung entgegenzunehmen und über die weiteren Maßnahmen zu beraten und zu beschließen.

— Nach endgültiger Beseitigung der entgegenstehenden Schwierigkeiten ist nunmehr die ministerielle Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der Orchesterschule der Sächsischen Staatskapelle in Dresden erteilt worden. Die Eröffnung der Anstalt findet am Montag den 29. Oktober statt.

— Das Wehrkreiskommando IV hat einen Vortrag des Polizeiobersten Dr. Schützinger, den er auf der Generalversammlung der Friedensgesellschaft zu Magdeburg über das Thema „Militärdiktatur oder Friedensrepublik" halten wollte, verboten.

— Wie der „Vorwärts" aus Dresden meldet, sind die Vorarbeiten für den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung in der Donnerstagsitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion soweit erledigt worden, daß die entscheidende Besprechung des Landesarbeitsausschusses und der Landtagsfraktion am Freitag stattfinden konnte. Bei Uebereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten werde der Landtag, der erst am 9. Oktober zusammentreten sollte, früher einberufen werden. (Heute ist schon der 6. Oktober!)

Pirna, 5. Oktober. Die allgemeine Notlage der Kirche zwingt auch die hiesige Kirchgemeinde, nicht nur die Stelle des Kirchensekretärs, sondern auch diejenige des Kirchenexpedienten bis auf weiteres unbesetzt zu lassen. Der wesentliche Teil der Kirchenexpeditionsarbeiten wird mit dem 1. Oktober d. J. vom Pfarrer Peter im Nebenamt übernommen.

Lommatzsch. Tänzerstreik brach am Sonntag im hiesigen Ratskeller aus, da kein Tänzer 1 Million für eine Tour geben wollte. Nachdem einmal die Parole zum Streik ausgegeben war, blieb die Tanzfläche leer; auch die verlockendsten Weisen brachten kein Paar mehr auf die Beine. Erst als der Leiter der Kapelle den Kostenpunkt für die Tour auf 600 000 M. herabsetzte, drehte sich alles wieder flott im Tanze.

Leipzig. Der Vorstand der sozialdemokratischen Parteiorganisationen von Groß-Leipzig erklärte nach Erörterung der politischen Situation, daß eine nochmalige Erweiterung der Koalition durch den Hinzutritt der deutschnationalen Mitglieder oder auch des schwerindustriellen Flügels in der Deutschen Volkspartei für die sozialistische Bewegung untragbar ist. Wenn es nicht gelingt, den Vorstoß des agrarischen Kapitals und der Schwerindustrie abzuwenden, dann fordert der Vorstand Nichtbeteiligung an der Regierung und Uebergang zur schärfsten Opposition, um auf diesem Wege die Arbeitermassen Deutschlands um die Fahnen der Sozialdemokratie zu scharen.

Leipzig. Die Riesenmeßhalle für die Schwerindustrie auf der Technischen Messe wird auf Grund eines Wettbewerbes zwischen Eisen-, Eisenbeton- und Holzbau, abgesehen von den Anbauten, nunmehr in Eisenkonstruktion errichtet werden. Die drei Mittelschiffe haben je 19½ Meter Spannweite und 173 Metre Länge, so daß hier allein schon über 10 000 Quadratmeter vollkommen gleichwertigen, vorzüglichen Ausstellungsraumes geschaffen werden. Durch Eisenbahngleise werden diese Meßgüter der Schwerindustrie bis in die Hallen hineingeführt und durch Krane von 20 Tonnen Tragkraft an Ort und Stelle befördert.

Geithain. Der seltene Fall, daß drei Pfarrer, die nacheinander ein und dasselbe Pfarramt verwaltet haben, innerhalb weniger Monate sterben, ist hier eingetreten. Pfarrer Leipoldt, der von 1906—1916 das Pfarramt innehatte, starb vor einigen Monaten. Ihm folgte im Tode Dr. Petzold, der von 1888—1906 Pfarrer in Geithain gewesen war. In der vorigen Woche aber wurde Pfarrer Wagner, der seit 1916 das Pfarramt bekleidete, beerdigt.

Oederan. Zum Andenken an seine heimgegangene Gattin spendete Fabrikbesitzer Max Schuster für das Kinderheim „Friedrich-August-Stift" 10 Milliarden Mark als Grundstock für eine Gertrud-Schuster-Stiftung, für die er sich weitere Spenden vorbehält.

Kamenz, 5. Oktober. Bei der Vornahme von Sprengarbeiten im Sparmannschen Steinbruch erlitt der verheiratete Steinarbeiter Frenzel aus Kamenz so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Aufnahme in das Krankenhaus verstarb.

Neucunnersdorf. Einen grausigen Selbstmord verübte Mittwoch früh ein hiesiger Bewohner, indem er sich von dem nach Zittau fahrenden Zuge den Kopf abfahren ließ.

Wilthen. Der Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung davon Kenntnis, daß die Gemeinde infolge der allgemeinen schwierigen Finanzverhältnisse nicht in der Lage ist, die Bezirksumlage für September in Höhe von 186 Millionen Mark zu zahlen.

Löbau. Eine Konferenz der Kontrollausschüsse in der Amtshauptmannschaft Löbau forderte in einer Entschließung sofortige Aufhebung der Verordnung vom 11. September 1923, die als Schutz für Wucherer und Wirtschaftssaboteure bezeichnet wird, Beschlagnahmerecht für alle Lebensmittelbestände, sofern die Beschlagnahme als im Interesse der Arbeiter und Verbraucher liegend erachtet wird, Ausdehnung des Kontrollrechts auf die Banken, Bewaffnung der Mitglieder der Kontrollausschüsse und sofortige Niederschlagung der Gerichtsverfahren gegen Mitglieder des Löbauer Bezirks wegen der Vorgänge in letzter Zeit.

Crimmitschau. Von einer Erbbegräbnisstätte wurde hier die bronzene Eingangstür und die auf der Einfassung des Begräbnisses befindlichen 16 Engelsköpfe mit Flügeln entwendet. An dem Diebstahl dürften mehrere Personen beteiligt sein, denn es wurde auch versucht, das Geländer aus den Sandsteinsockeln herauszuwuchten, wobei die Sockel demoliert worden sind.

Zwickau. Die Stadtverordneten haben in geheimer Sitzung beschlossen, bis auf weiteres auf die Aufwandsentschädigung zu verzichten. Dieser Beschluß ist mit Rücksicht auf die trostlose Finanzlage der Stadt Zwickau gefaßt worden.

Adorf i. V. In der Badewanne ertrunken ist im Fabrikbade der Firma Gebrüder Uebel der 22 Jahre alte Handlungsgehilfe Clemens Zeh. Der junge Mann hatte wahrscheinlich einen Krampfanfall erlitten und war bereits tot, als man sich nach ihm umsah.

Oelsnitz i. E. Anläßlich des 75jährigen Geschäftsjubiläums stifteten die Inhaber des Modehauses Martin 3 Milliarden Mark zum Besten des hiesigen Liebeswerkes für Sozial- und Kleinrentner.

Oelsnitz i. V. Am Donnerstag abend erschienen in der Gastwirtschaft „Zur Hölle" (Sägewerk Colditz) etwa 30 Leute und begehrten Einlaß, der ihnen aber von den Besitzern verweigert wurde. Darauf sind die Leute über das Dach in die Wohnung des ersten Stockwerkes eingedrungen, nachdem sie die Fenster eingeschlagen hatten. Anwesend waren nur die Wirtsleute und eine Wirtschafterin. Angeblich haben die Leute vermutet, daß in dem Höllenrestaurant eine faszistische Versammlung stattfinde; sie behaupteten, sie müßten die Kasse der Faszisten beschlagnahmen. Bewaffnet waren die Eindringlinge mit Eisenstäben. Das ganze Haus wurde nun durchsucht, Schubladen, Wäscheschränke usw. durchwühlt, aber die „Kasse der Faszisten" wurde nicht gefunden. Die Angelegenheit wurde der Polizei gemeldet.

Vermischtes.

* **Der Schutz der Eisenbahnreisenden während der Fahrt.** Um die Reisenden auch während der Fahrt, besonders in den nachts verkehrenden Zügen, vor Belästigungen oder Beraubungen möglichst zu schützen, hat, wie die „Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung" erfährt, Reichsbahndirektionspräsident Wulff in Berlin für seinen Verkehrsbereich eine besondere Verfügung erlassen. Zunächst werden die Zugbegleitbeamten der Fernzüge auf den Sicherheitsdienst während der Fahrt eindringlich hingewiesen. In den D-Zügen sollen die Schaffner nach der Fahrkartenprüfung wiederholt Revisionsgänge durch die einzelnen Wagen machen; in den Personen- und Eilzügen, die nur aus Abteilwagen bestehen, und in denen die Schutzüberwachung der Reisenden schwieriger ist, sollen sich die Zugbegleitbeamten während der Fahrt so oft wie möglich in den mit Reisenden besetzten Wagen aufhalten und ihr besonderes Augenmerk auf Einzelreisende richten. Die Dienstabteile sollen nur zur Erledigung dienstlicher Angelegenheiten oder zur Einnahme der Mahlzeiten aufgesucht werden. Außerdem werden die von Berlin ausgehenden Eil- und Personenzüge durch Beamte der Ueberwachungsabteilung planmäßig begleitet. Diese Anordnung, die zunächst nur für den Bereich der Reichsbahndirektion Berlin gilt, dürfte ähnliche Schutzmaßnahmen auch bei anderen Direktionen veranlassen. Alle Bestrebungen der Reichsbahnverwaltung jedoch werden nur Erfolg haben können, wenn auch die Reisenden selbst weniger vertrauensselig als bisher ihren Mitreisenden gegenüber sich benehmen, und vor allem nicht jedem Unbekannten ihr Gepäck und Eigentum im Abteil „zur Aufsicht" anvertrauen.

SLUB
Wir führen Wissen.